



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe November 2019

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. **8 U 7/17** **Urteil vom 09.09.2019**
Geschäftsführervergütung, unangemessen hoch, gesellschaftsrechtliche Treuepflicht
2. **9 U 143/18** **Urteil vom 16.08.2019**
Substantiierung des konkreten Schadens, Wiederbeschaffungsaufwand, fiktive Reparaturkosten, Restwert
3. **9 U 69/19** **Beschluss vom 17.09.2019**
Berufungsrücknahme durch einen von zwei Prozessbevollmächtigten
4. **18 U 99/17** **Urteil vom 18.02.2019**
Offenbarungspflichten des Maklers bezüglich möglicher Schadstoffbelastungen eines Fertighauses aus den 70er Jahren

Strafsenate

1. **2 Ws 102/19** **Beschluss vom 05.09.2019**
Sofortige Beschwerde der Nebenklägerin gegen eine unterbliebene Auslagenentscheidung
2. **4 Ws 133/19** **Beschluss vom 30.07.2019**
notwendige Auslagen, Einstellung, Schuldspruchreife, hinreichender Tatverdacht

- 3. **4 Ws 193/19** **Beschluss vom 24.09.2019**
Erbe, Verletzter, Vermögensdelikt
- 4. **4 RBs 185/19** **Beschluss vom 18.07.2019**
qualifizierter Rotlichtverstoß, Lichtzeichenanlage, Dauer der Rotphase, Beweiswürdigung-Mitzählen, Schätzung
- 5. **4 RBs 307/19** **Beschluss vom 26.09.2019**
Mobiltelefon, Wegdrücken, Nutzung
- 6. **4 RVs 93/19** **Urteil vom 24.09.2019**
Missbrauch eines Behandlungsverhältnisses, Einverständnis

Zivilsenate

- Zu 1. 8 U 7/17** **Urteil vom 09.09.2019**
Geschäftsführervergütung, unangemessen hoch, gesellschaftsrechtliche Treuepflicht

1. Ein Beschluss, mit dem die Gesellschafterversammlung einer GmbH eine Vergütung ihres Geschäftsführers einführt oder erhöht, kann unter den Gesichtspunkten der Gleichbehandlung und der Treuepflicht auch gerichtlich überprüft werden.

Den Gesellschaftern steht allerdings ein weiter Ermessensspielraum zu.

2. Zur Prüfung der Frage, ob der Ermessensspielraum überschritten wurde, kann auf Studien über Geschäftsführergehälter in vergleichbaren Unternehmen (z.B. BBE-Studie) zurückgegriffen werden. Als Maßstab kann auch die Grenze herangezogen werden, die die finanzgerichtliche Rechtsprechung zu der Frage entwickelt hat, ab wann eine Vergütung als verdeckte Gewinnausschüttung zu behandeln ist. Dabei ist der Ermessensspielraum der Gesellschafterversammlung im Regelfall nicht überschritten, wenn nach den Maßstäben der finanzgerichtlichen Rechtsprechung noch keine verdeckte Gewinnausschüttung vorliegt.

3. Zur Frage, welche Abzüge von der ermittelten Vergleichsvergütung vollschichtig tätiger Geschäftsführer vorgenommen werden müssen, um eine angemessene Bewertung der Vergütung eines nicht vollschichtig tätigen Geschäftsführers zu erreichen.

- Zu 2. 9 U 143/18** **Urteil vom 16.08.2019**
Substantiierung des konkreten Schadens, Wiederbeschaffungsaufwand, fiktive Reparaturkosten, Restwert

1. Der Geschädigte, der sein Fahrzeug alsbald unrepariert verkauft hat, darf nur dann fiktiv auf Reparaturkostenbasis abrechnen, wenn dabei der Wiederbeschaffungsaufwand (= Wiederbeschaffungswert abzgl. Restwert) nicht überschritten wird.

2. Bestreitet der Beklagte das Nichtüberschreiten des Wiederbeschaffungsaufwandes - insbesondere den anzunehmenden Restwert, der im Schadensgutachten nicht ausgewiesen war - obliegt es dem Kläger, den Wiederbeschaffungsaufwand - und insbesondere den zu erzielenden Restwert - konkret und nachvollziehbar darzulegen und zu beweisen.

3. Fehlt es an einer Darlegung des für die Bestimmung des Wiederbeschaffungsaufwandes als Obergrenze jeglichen Anspruchs bedeutsamen Restwerts, ist damit der Fahrzeugschaden insgesamt bereits nicht hinreichend dargetan und damit die Klage unschlüssig.

**Zu 3. 9 U 69/19 Beschluss vom 17.09.2019
Berufungsrücknahme durch einen von zwei Prozessbevollmächtigten**

Legen namens der unterlegenen Partei zwei Prozessbevollmächtigte unabhängig voneinander Berufung ein und nimmt einer von ihnen später "die Berufung" ohne einschränkenden Zusatz zurück, so bewirkt dies den Verlust des Rechtsmittels.

**Zu 4. 18 U 99/17 Urteil vom 18.02.2019
Offenbarungspflichten des Maklers bezüglich möglicher Schadstoffbelastungen eines Fertighauses aus den 70er Jahren**

1. Schadstoffbelastungen "eingekapselter" Baustoffe, die sich nicht auf die Raumluft auswirken, sind grundsätzlich erst dann zu offenbaren, wenn der Maklerkunde Umbaumaßnahmen konkret thematisiert.
2. Der Makler muss nicht allgemein über mögliche Schadstoffbelastungen eines Fertighauses aus der betreffenden Bauzeit aufklären.

Strafsenate

**Zu 1. 2 Ws 102/19 Beschluss vom 05.09.2019
Sofortige Beschwerde der Nebenklägerin gegen eine unterbliebene Auslagenentscheidung**

Die Umdeutung eines Kostenfestsetzungsantrags in eine sofortige Beschwerde gegen das Unterbleiben einer Auslagenentscheidung zu Gunsten des Beschwerdeführers in der gerichtlichen Kostenentscheidung ist nur unter engen Voraussetzungen möglich.

**Zu 2. 4 Ws 133/19 Beschluss vom 30.07.2019
notwendige Auslagen, Einstellung, Schuldspruchreife, hinreichender Tatverdacht**

Das Absehen von der Erstattung notwendiger Auslagen im Falle des § 467 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 StPO setzt keine Schuldspruchreife voraus. Die tatbestandlichen Voraussetzungen sind schon dann erfüllt, wenn im Zeitpunkt des Eintritts des Verfahrenshindernisses ein zumindest hinreichender Tatverdacht fortbesteht und keine Umstände erkennbar sind, die bei Durchführung der Hauptverhandlung die Konkretisierung des hinreichenden Tatverdachts in Frage stellen.

Zu 3. 4 Ws 193/19 Beschluss vom 24.09.2019
Erbe, Verletzter, Vermögensdelikt

Der Erbe eines durch ein Vermögens- oder Eigentumsdelikt Geschädigten ist nicht unmittelbar Verletzter. Er ist auch nicht berechtigt, das von dem Erblasser durch Strafanzeige in Gang gesetzte Verfahren mit einem Klageerzwingungsantrag fortzusetzen.

Zu 4. 4 RBs 185/19 Beschluss vom 18.07.2019
qualifizierter Rotlichtverstoß, Lichtzeichenanlage, Dauer der Rotphase, Beweiswürdigung-Mitzählen, Schätzung

Entfernungsangaben, die nicht auf Messungen, sondern ausschließlich auf visuellen Beobachtungen beruhen, sind in der Regel – wie auch Zeitschätzungen – mit einem erheblichen Fehlerrisiko behaftet und daher kritisch zu hinterfragen. Gleiches gilt für die Nutzung von im Internet zur Verfügung gestellten Messfunktionen für die Berechnung von Entfernungen.

Zu 5. 4 RBs 307/19 Beschluss vom 26.09.2019
Mobiltelefon, Wegdrücken, Nutzung

Das "Wegdrücken" eines eingehenden Anrufs auf einem Mobiltelefon ist eine ordnungswidrige Nutzung desselben i. S. v. § 23 Abs. 1a StVO.

Zu 6. 4 RVs 93/19 Urteil vom 24.09.2019
Missbrauch eines Behandlungsverhältnisses, Einverständnis

Ein Missbrauch i. S. v. § 174c StGB kann auch vorliegen, wenn das Opfer mit dem Sexualkontakt einverstanden ist. Es versteht sich in den meisten Fällen von selbst, dass ein Arzt, der sexuelle Handlungen an einer Patientin oder einem Patienten im Rahmen eines Beratungs-, Behandlungs- und Betreuungsverhältnisses vornimmt, dieses besondere Verhältnis missbraucht, etwa wenn er vorgibt, die sexuelle Handlung sei medizinisch notwendig.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
 - ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRW**Entscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
 - ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.
- Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
 verantwortlich: Richter am OLG Martin Brandt, Pressesprecher
 ☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de